



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 30. November 2020**

Es gilt das gesprochene Wort!

Corona-Pandemie – die vierte!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

gestern brannte in vielen Haushalten die erste Kerze auf dem Adventskranz und insbesondere dort, wo Kinder oder auch schon Enkelkinder zur Familie gehören, steigt so langsam die Vorfreude auf Weihnachten.

Alles das erinnert uns jeden Tag ein bisschen mehr daran: Das Jahr 2020 geht zu Ende. Zum Glück, werden viele jetzt sagen, denn das Jahr 2020 war mit Sicherheit kein einfaches Jahr.

Das Jahr 2020 war für viele, vielleicht sogar für die meisten von uns, ein Jahr

- voller Sorgen
- voller Ungewissheit
- und ja, bei etlichen auch ein Jahr voller Existenzangst.

Auch in unseren beiden Städten haben Menschen durch das Virus ihr Leben verloren. Wir haben bis heute allein in unserem kleinen Bundesland 121 Tote zu verzeichnen. Schon diese nackte Zahl ist erschreckend. Aber dahinter stehen Schicksale, dahinter stehen Menschen, die ohne Corona heute noch unter uns wären. Menschen, die von ihren Angehörigen vermisst und betrauert werden.


Lassen Sie mich deshalb zu Beginn meiner Rede kurz auf die eingehen, die vor allem in den vergangenen Wochen immer aggressiver gegen Parlamente und Regierungen, gegen Gesundheitsämter und Polizei, gegen Wissenschaft und Medien hetzen.

Die so genannten „Querdenker“

- die schon die Existenz des Virus leugnen, zumindest aber alle Beschränkungen ablehnen und ohne Maske und ohne Abstand zu Tausenden durch die Innenstädte ziehen,
- die sich mit Sophie Scholl und Anne Frank vergleichen und die sich damit auf eine Stufe stellen mit von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfern,
- und die das neue Infektionsschutzgesetz des Bundes allen Ernstes mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten vergleichen und alle Opfer der Hitler-Diktatur damit öffentlich verhöhnen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns das als das benennen, was es ist: abstoßend, zynisch und dumm. Ja, wir brauchen eine offene, lebendige und auch kontroverse Diskussion über den richtigen Umgang mit der Pandemie. Aber genau dazu tragen die Querdenker mit ihrem wissenschaftsfeindlichen Geschwurbel, ihren Verschwörungsmmythen und ihren extremistischen Ideologieversatzstücken nicht bei. Hier sind wir als Demokratinnen und Demokraten gefordert, klare Kante zu zeigen. Und ich bin froh und dankbar, dass ich in dieser Frage den allergrößten Teil der Menschen in Bremen und Bremerhaven und den allergrößten Teil der Bürgerschaft ohne Wenn und Aber hinter mir weiß.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

wenn ich an den bevorstehenden Jahreswechsel denke, kommen mir unweigerlich die Bilder der Neujahrsempfänge vom vergangenen Januar in den Sinn. Mit den vielen Gästen im Bremer Rathaus, in der Bremerhavener Stadthalle und – weil im Haus der Bürgerschaft derzeit ja die Handwerker das Sagen haben – auf Einladung des Bürgerschaftspräsidenten in der Glocke. Dicht gedrängt, gut gelaunt, in großen und kleinen Gruppen beisammen stehend – und voller Zuversicht in angeregte Diskussionen darüber vertieft, was das neue Jahr uns wohl bringen mag.

Das Covid-19-Virus spielte dabei, obwohl es zu dem Zeitpunkt in China schon bekannt war, fast keine Rolle. Und wohl niemand von uns konnte sich vorstellen, wie sich das Jahr 2020 tatsächlich entwickeln würde.

Meine Damen und Herren,

wenn wir in einigen Jahren zurückblicken, erinnern wir uns vermutlich nicht nur an ein Jahr, in dem durch eine globale Pandemie alles aus den Fugen geriet und in dem die tiefe Sehnsucht der Menschen nach Sicherheit und Berechenbarkeit im Leben enttäuscht wurde.

Wir erinnern uns vermutlich auch an ein Jahr voller Hoffnung:

- Wer hofft nicht, dass das kommende Jahr ein besseres wird?
- Wer hofft nicht, dass die Sorgen verschwinden und wir wieder unbeschwert in die Zukunft blicken können?

Oder ganz konkret gefragt:

- Wer hofft nicht, dass endlich der Impfstoff kommt, mit dem das Virus wirksam eingedämmt werden kann?

Die Geschwindigkeit, mit der in den vergangenen Monaten gleich mehrere Impfstoffe entwickelt wurden, grenzt an ein wissenschaftliches Wunder, das nicht nur mich tief beeindruckt hat. Und ich würde mich, ehrlich gesagt freuen, wenn die Welt demnächst den gleichen Aufwand treiben würde, um andere Geißeln der Menschheit, wie etwa die Malaria, endgültig zu besiegen.

Die Impfstoffe sind gefunden, die Mittel zur Überwindung der Pandemie sind da und dennoch – die Freiheit ist noch lange nicht zurück. Die Impfstoffe müssen noch zugelassen, produziert, ausgeliefert werden. Die Menschen müssen dafür gewonnen werden, sich impfen zu lassen. Und auf den Staat kommt eine logistische Herausforderung ohne Beispiel zu. Ich bin sicher, wir werden das bewältigen, wie wir so vieles in diesem Jahr mit viel Gemeinsinn und Solidarität bewältigt haben. Aber leicht wird es nicht - und wir werden dafür noch etwas Zeit brauchen.

Und deshalb müssen wir auch weiterhin alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um die Pandemie auch ohne Impfstoffe zu kontrollieren. Wir müssen auch weiterhin alles unternehmen, um eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern und Gesundheit und Leben der Menschen zu schützen. Aber wir können das jetzt immerhin mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft tun!

Meine Damen und Herren,

die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Mittwoch darauf verständigt, die für den November gefassten Beschlüsse in den Dezember hinein nicht nur zu verlängern, sondern zum Teil auch zu verschärfen.


Der Erfolg des teilweisen Lockdowns ist umstritten, das ist mir bewusst, allerdings fällt mein Fazit nicht so kritisch aus, wie die Bewertung manch anderer.

Das erste Ziel der Maßnahmen war, daran müssen wir uns erinnern, das exponentielle Wachstum der Corona-Infektionen zu durchbrechen. Dieses Ziel ist im Großen und Ganzen erreicht worden und zwar in ganz Deutschland.

Das zweite Ziel war, eine Trendumkehr zu erreichen und die Zahlen wieder deutlich nach unten zu drücken. Dieses Ziel, auch da kann es keinen Zweifel geben, haben wir in vielen Teilen Deutschlands noch nicht erreicht.

Was das Land Bremen betrifft, kann man allerdings mit aller gebotenen Vorsicht sagen: Die Entwicklung verläuft durchaus positiv. Seit drei Wochen geht die sogenannte 7-Tage-Inzidenz langsam, aber kontinuierlich zurück - von einem bundesweiten Höchstwert von 225 in der ersten Novemberwoche auf einen unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wert von 115 am gestrigen Sonntag.

Dies ist nicht nur eine Folge der getroffenen staatlichen Maßnahmen, sondern dies ist vor allem auch ein Erfolg der Bremerinnen und Bremer, der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener, die sich ganz überwiegend aus innerer Überzeugung an die Corona-Regeln halten.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft


Ich habe mir bei der Vorbereitung dieser Regierungserklärung noch einmal angeschaut, wie die Lage im Frühjahr war. Und das hat mir noch einmal vor Augen geführt: es dauert leider einfach, bis die Maßnahmen wirken. In den ersten zwei Wochen sieht man quasi gar keinen Effekt, im Gegenteil die Zahlen steigen erst einmal weiter. Erste wirkliche Effekte stellen sich nach zwei bis drei Wochen ein, eine richtige Trendwende braucht zumeist deutlich länger.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Natürlich sind die aktuellen Zahlen auch im Land Bremen noch viel zu hoch. Sie sind deutlich höher als wir uns das wünschen und als es dauerhaft tragfähig ist. Und selbstverständlich ist jeder Inzidenz-Wert nur eine Momentaufnahme und jeder Trend kann sich leider auch wieder umkehren. Aber: Stand heute lässt sich feststellen, dass die Novembermaßnahmen wirken und grundsätzlich auch den erwünschten Effekt haben - und dass es deshalb sinnvoll ist, diese Maßnahmen fortzusetzen.

Im Einzelnen hat die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen, die Einschränkungen für den Kultur-, Veranstaltungs- und Freizeitbereich und für die Gastronomie und Hotellerie jedenfalls bis zum 20. Dezember fortzuschreiben. Und ehrlicherweise gehen wir davon aus, dass dies auch noch bis in den Januar hinein erforderlich sein wird.

Immerhin, auch das haben die Länder und die Bundesregierung beschlossen: Wir lassen die Gastronomie, die Kultureinrichtungen, die Veranstaltungswirtschaft, die Schausteller und allen anderen, die ihre Geschäfte schließen müssen, auch künftig wirtschaftlich nicht im Stich. Aus der November-Hilfe wird eine Dezember-Hilfe.

Um das Infektionsgeschehen weiter zu bremsen, werden wir zudem die Kontaktbeschränkungen nochmals verschärfen. Nunmehr dürfen sich nicht mehr 10, sondern nur noch 5 Personen aus zwei Haushalten treffen, wobei Kinder allerdings nicht mitgezählt werden.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Und wir werden die Vorgaben für den großflächigen Einzelhandel noch einmal verschärfen.

Meine Damen und Herren,

die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben sich auch darauf verständigt, die Hot-Spot-Strategie weiter zu entwickeln. Bisher und auch weiterhin gilt: Es werden lokale Beschränkungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten ergriffen, die den nationalen Schwellenwert einer Inzidenz von 50 überschreiten.

Nachdem aber fast ganz Deutschland zum Teil deutlich über diesem Wert liegt, haben sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf weitere Maßnahmen geeinigt, sobald die Inzidenz auf einen Wert von mehr als 200 bei einem diffusen Infektionsgeschehen steigt. Denn dort, wo das Infektionsgeschehen Extreme erreicht, dort müssen auch andere Regeln gelten. Das ist nicht nur im Interesse eines effektiven Gesundheitsschutzes erforderlich, sondern dass gebietet auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Welche Maßnahmen das dann sind, das muss und kann nur in den betroffenen Ländern oder Regionen selbst entschieden werden, denn der reine Inzidenz-Wert sagt ja noch nichts über den konkreten Ort des Infektionsgeschehens und die effektivste Art, das Geschehen zu begrenzen, aus. Oder lassen Sie es mich anders ausdrücken: Wie die Pandemie etwa im thüringischen Hildburghausen am besten bekämpft wird, das wissen die Behörden dort viel besser als an allen anderen Orten der Republik.

Im Ergebnis hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz auch sehr einträchtig erneut dazu bekannt, Schulen und Kitas die allergrößte Priorität einzuräumen und so lange es irgendwie geht, an einem umfassenden Präsenzunterricht festzuhalten. Das heißt natürlich nicht, dass Halbgruppen-Unterricht verboten ist,

dass Schulen und Kitas nicht doch zeitweise geschlossen werden dürfen oder müssen – aber immer nur im Einzelfall und immer nur für eine begrenzte Zeit. Die Bundeskanzlerin, das wissen Sie, war da bekanntermaßen anderer Meinung. Aber die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten waren sich über Parteigrenzen hinweg einig: Wir werden diesen Schritt nicht leichtfertig und nicht vorschnell, vor allem aber nicht pauschal und undifferenziert gehen. Denn die Bildungszeit, die man dadurch verliert, ist eben nicht nachholbar, lässt sich auch durch staatliche Hilfsprogramme nicht kompensieren.

Ich will das jetzt nicht erneut vertiefen, weil die Bürgerschaft dieses Thema in ihrer letzten Sitzung ja bereits engagiert beraten hat. Lassen Sie mich aber eins noch mal betonen: Bei aller Begeisterung für kleine Lerngruppen darf nicht vergessen werden, dass eben nicht jedes Kind in Bremen ein eigenes Kinderzimmer und Eltern im Home-Office hat, die in der Lage sind zu helfen. Und wenn drei Kinder mit dem Handy oder dem Tablet am Küchentisch mit wackeliger Internetverbindung sitzen, während die Eltern zur Arbeit gehen – dann hat das mit Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit nicht mehr viel zu tun.

Und lassen Sie mich noch ein zweites, gerade in den letzten Tagen engagiert diskutiertes Thema ansprechen: die letzten beiden Schultage vor Weihnachten.

Zunächst einmal vorweg. In gut der Hälfte der Bundesländer stellte sich die Frage nach vorgezogenen Ferien gar nicht, weil die Schulen dort regulär bereits am 18. Dezember enden. Von sieben Bundesländern, in denen das anders ist, haben sich fünf für vorgezogenen Ferien entschieden und zwei dagegen. Ich will damit nur deutlich machen: So besonders ist der angebliche Bremer Sonderweg also gar nicht, zumal wir ja alle auch das gleiche Ziel erreichen wollen.

Hintergrund der Idee war ja, dass sich Schülerinnen und Schülern vor den Weihnachtsfeiertagen in eine Art freiwillige Quarantäne begeben können, um ganz sicher zu gehen, dass sie über die Weihnachtstage nicht die Oma oder den Opa infizieren, wenn die zu Besuch kommen.


Das ist ohne Zweifel sinnvoll und das werden wir auch ermöglichen, indem wir die Schulpflicht für die letzten beiden Tage aufheben – wenn auch auf freiwilliger Basis.

Alle anderen aber können und sollen zur Schule gehen. Nicht nur, weil in diesem Jahr schon genug Unterricht ausgefallen ist, sondern auch, weil viele Eltern ihren Urlaub bereits aufgebraucht haben und ein ernstes Betreuungsproblem bekommen würden, wenn es jetzt noch zwei Tage mehr Ferien geben würde.

Ferien übrigens, das haben wir in den diesjährigen Herbstferien gesehen, haben strukturell keinesfalls eine dämpfende Wirkung auf das Infektionsgeschehen. Denn die meisten Schülerinnen und Schüler haben in den Ferien nicht weniger, sondern mehr und insbesondere nicht wie in der Schule kontrollierte soziale Kontakte. Zum Teil auch notgedrungen, weil die Betreuung eben gar nicht anders sichergestellt werden kann. Dann sind Freunde im Einsatz, Verwandte und Bekannte und möglicherweise auch Oma und Opa.

Meine Damen und Herren von der CDU,

Sie sagen, Sie hätten sich eine klare Entscheidung des Senats gewünscht. Ich kann Ihnen da nur entgegen: Es gibt eine klare Entscheidung. Wir glauben nicht an den pauschalen Effekt vorgezogener Ferien und haben uns deshalb dagegen entschieden. Wer allerdings zum eigenen Schutz und zum Schutz seiner Familie eine freiwillige Selbstquarantäne wählt, der kann das machen. Der Zentralelternbeirat begrüßt diese Entscheidung übrigens ausdrücklich.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,


ein zentrales Thema der letzten Regierungserklärung war der Schutz der so genannten vulnerablen Gruppen durch Schnelltests und FFP2-Masken.

Ich freue mich persönlich sehr, dass der Bund sich unsere Bremer Aktion zum Vorbild genommen hat und ab Dezember nunmehr selbst die Risikogruppen mit FFP2-Masken versorgen will. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Apothekerinnen und Apothekern bedanken, dass sie sich mit großem Engagement an dieser Aktion beteiligt haben. Wir haben damit gemeinsam einen ganz wichtigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung geleistet.

Ich weiß, es ist nicht alles so gelaufen wie geplant. Und ich akzeptiere deshalb auch die Kritik, und dass wir bei der Umsetzung ein paar Punkte bei der B-Note abgezogen bekommen. Aber es ging uns darum, den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen.

Vom ersten Ansturm war ich ehrlich gesagt auch ein bisschen überrascht, aber inzwischen haben wir deutlich mehr als eine Millionen Masken in Bremen und Bremerhaven ausgegeben. Und auch, wenn die ein oder andere Maske vielleicht ins niedersächsische Umland entführt wurde, wenn der ein oder andere das Hamstern partout nicht lassen konnte oder sich älter gemacht hat, als er wirklich ist – ein Großteil der Masken ist bei genau den richtigen Personen angekommen. Nämlich bei denen, die im Falle einer Corona-Infektion mit einem besonders schweren Krankheitsverlauf rechnen müssten. Und das, meine Damen und Herren, sollte es uns wert gewesen sein.

Ich habe jedenfalls bisher kaum jemanden getroffen, der die Aktion im Grunde nicht richtig findet. Dass wir in Bremen damit Pate für ein bundesweites Programm zum Schutz älterer Menschen stehen, darauf dürfen wir, glaube ich, bei aller hanseatischer Zurückhaltung auch ein wenig stolz sein.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,


viele Menschen sehnen sich gerade nach den vergangenen schweren Monaten danach, die Festtage und den Jahreswechsel zusammen mit ihrer Familie zu verbringen. Mit den Kindern, die vor Jahren weggezogen sind, mit den Geschwistern, für die oft wenig Zeit ist, und natürlich mit den Großeltern. Ich denke, das kann jeder von uns verstehen.

Natürlich wäre es im Sinne des Infektionsschutzes konsequent, wenn wir auf das alles verzichten würden. Denn, da sind die Mahnungen der Virologen ja richtig: Das Virus macht kein Weihnachten!

Aber, das habe ich auch immer gesagt und davon bin ich mehr denn je überzeugt: „Alles hängt am Ende von der Einsicht der Menschen ab.“ Wir können vieles, aber nicht alles regeln. Und schon gar nicht können und wollen wir kontrollieren, mit wem die Menschen in ihren eigenen vier Wänden die Feiertage verbringen.

Deshalb brauchen wir lebensnahe Regelungen, die die Menschen mitnehmen. Und dazu gehört dann eben auch, dass wir private Zusammenkünfte im engsten Familien und Freundeskreis zu Weihnachten, Silvester und an Neujahr erlauben. Ich weiß, dass diese Entscheidung den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten viel Kritik eingebracht hat. Ich halte sie aber aus den genannten Gründen für richtig.

Zugleich bitte ich allerdings alle Bremerinnen und Bremer und Bremerhavenerinnen und Bremerhavener ganz herzlich: Seien Sie auch an den Festtagen besonders vorsichtig, schützen Sie sich und andere, denken Sie vor allem an Ihre Großeltern und ihre lebensälteren oder erkrankten Verwandten und Freunde.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

und was kommt dann? Im Januar? Ich weiß, dass viele Menschen sich mit dieser Frage quälen und von der Politik eine Antwort erwarten. Verständlicherweise vor allem die Wirte, die Hoteliers, die Künstlerinnen und Künstler und alle anderen, die seit Wochen und Monaten unter der Pandemie auch wirtschaftlich besonders leiden.


Wenn uns die Pandemie aber eins gelehrt hat, dann ist es, dass wir den Menschen die gewohnte und geforderte Verlässlichkeit und Berechenbarkeit nicht bieten können. Viele Diskussionen in Politik und Wissenschaft sind geprägt von offenen Fragen und der tastenden Suche nach den richtigen Antworten. Wir haben dabei in den vergangenen Monaten alle zusammen sicher den einen oder anderen Fehler gemacht, aber wir haben auch vieles gelernt.

Doch obwohl unser Verständnis des Virus schon deutlich besser geworden ist: Wir sind nach wie vor nicht in der Lage, die Entwicklung über mehrere Wochen hinaus verlässlich zu prognostizieren.

Und wir haben auch gelernt, dass es nicht reicht, die objektiv richtigen Maßnahmen zu treffen. Wir müssen diese den Menschen auch nahebringen und erklären. Denn der Erfolg der Maßnahmen hängt, wie gesagt, ganz wesentlich von ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz ab.

Meine Damen und Herren,

deshalb kann ich, was die nächsten Monate betrifft, auch nicht von Sicherheiten, sondern nur von Hoffnungen sprechen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 30. November 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Ich habe unter anderem die Hoffnung,

- dass wir noch in diesem Jahr mit den Impfungen beginnen können und es uns gelingt, die Ausbreitung des Virus so zu begrenzen,
- dass sich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben schrittweise wieder normalisieren kann und wir uns wieder wie gewohnt mit der Familie und den Freunden treffen dürfen,
- dass die Restaurants und Kneipen, die Museen, Kinos, Theater und Konzertsäle dann schon bald wieder öffnen können – wenn auch nur schrittweise und unter besonderen Auflagen,
- dass die Menschen wieder im Verein, im Schwimmbad und im Fitness-Studio Sport treiben können.

Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,

diese Vorweihnachtszeit wird anders sein, als wir sie kennen. Es bleiben Sorgen und Ängste. Und die Hoffnung auf eine unbeschwerte Zukunft ist erst ganz zart.

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns allen, dass wir uns trotz aller Widrigkeiten auf die kommenden Wochen freuen können. Auf ein paar ruhige Tage mit unseren Liebsten, auch wenn die Rahmenbedingungen dafür in diesem Jahr schwieriger und anders sind als gewohnt.

Ich wünsche Ihnen zum Jahresende und für das nächste Jahr alles Gute, Hoffnung, Zuversicht und vor allem Gesundheit.

Herzlichen Dank!